

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	15
I. EINLEITUNG	19
1. Problemaufriss und Gegenstand der Untersuchung	21
2. Erkenntnisleitende Forschungsfragen und Hypothesen	23
3. Inhaltliche Struktur und Eingrenzung	24
4. Stand der Forschung und Quellenlage	28
5. Methodisches Vorgehen	32
II. ZWISCHEN ISOLATION UND INTEGRATION: ETAPPEN DER EUROPAPOLITIK DER SCHWEIZ UND ÖSTERREICHS	35
1. Europäische Integrationsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg	35
1.1 Einigungsbestrebungen bis in die 1970er Jahre	36
1.2 Integrationspolitische Entwicklungen bis zum Projekt über den Europäischen Wirtschaftsraum	40
2. Stationen Österreichs auf dem Weg zum EU-Beitritt	43
2.1 Die Neutralitätserklärung	44
2.2 Die Haltung Österreichs gegenüber europäischen Integrationsbestrebungen	48
2.3 Österreichs Kurs nach Brüssel	51
2.4 Die Kompatibilität der Neutralität mit der EG-Mitgliedschaft in der innenpolitischen Diskussion	53
2.5 Österreichs Ja zur EU	56
3. Die Europapolitik der Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart	58
3.1 Die Neutralität als Kernmaxime eidgenössischer Außenpolitik	59
3.2 Wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation	62
3.3 Europapolitischer Kurswechsel der Schweiz	66
3.4 Eintritt in eine neue Beziehung zu Europa	69
3.5 Gibt der bilaterale Ansatz die Marschroute der nächsten Jahre vor?	73

3.6 „Autonomer Nachvollzug“ – Ist die Schweiz längst ein EU-Mitglied?	75
4. Gründe der unterschiedlichen Integrationskonzepte und -geschwindigkeiten	78
III. DIE VEREINBARKEIT DER DAUERNDEN NEUTRALITÄT MIT DER EU-MITGLIEDSCHAFT	87
1. Neutralitätsbegriff: Rechte und Pflichten der Neutralen	87
2. Vergleich der Neutralitätsausformung der Schweiz und Österreichs	91
2.1 Konzept der Neutralitätspolitik der Schweiz und Österreichs	91
2.2 Neutralitätspraxis der beiden neutralen Alpenstaaten	94
3. Dauernde Neutralität und EU-Mitgliedschaft: Die Vereinbarkeitsfrage	97
3.1 Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik von Maastricht bis Nizza	98
3.2 Befreiungsmöglichkeiten von den gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen	101
3.3 Widersprüche zwischen dem EU-Recht und dem Neutralitätsrecht bzw. der Neutralitätspolitik	104
3.4 Resümee	106
4. Die Neutralität Österreichs im Spannungsverhältnis zur Europäischen Integration	107
4.1 Vom Wandel der österreichischen Neutralitätsauffassung	108
4.2 Abkehr von der immerwährenden Neutralität?	111
4.3 Solidarität versus Neutralität	113
4.4 Die Zukunft der österreichischen Neutralität	116
5. Die Folgen für die Schweizer Neutralität bei einem EU-Beitritt	119
5.1 Wandel des Neutralitätskonzepts der Schweiz nach der historischen Zäsur der Jahre 1989/90	119
5.1.1 Rückkehr der Schweiz zum Konzept der differenziellen Neutralität	121
5.1.2 Die Neutralitätspraxis der Eidgenossenschaft	122
5.2 Die Neutralität in der politischen Schweiz	123
5.3 Mögliche Optionen, die Kollisionsprobleme innerhalb der EU zu verhindern	125
5.4 Widersprüche bei einem EU-Beitritt	126
5.5 Europabericht 2006	128

5.6 Neutralität – ein überholtes Instrument der Schweizer Sicherheitspolitik?	129
6. Zusammenfassung	132
IV. AKTEURE UND INSTITUTIONEN IM POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESS ÖSTERREICHS UND DER SCHWEIZ	
1. Das politische System Österreichs	137
1.1 Das Regierungssystem Österreichs	139
1.1.1 Bundespräsident und Bundesregierung	140
1.1.2 Das Parlament	142
1.2 Instrumente der direkten Demokratie	145
1.2.1 Volksabstimmung	145
1.2.2 Volksbegehren	146
1.2.3 Volksbefragung	147
1.2.4 Die Bedeutung der direktdemokratischen Instrumente	147
1.3 Die bundesstaatliche Ausprägung Österreichs	148
1.3.1 Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	150
1.3.1.1 Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt	152
1.3.1.2 Die unitarische Finanzverfassung	153
1.3.2 Länderkonferenzen	154
1.3.3 Gemeinderechtsetzungskompetenzen	156
1.3.4 Zentralisierter Bundesstaat – dezentralisierter Einheitsstaat	157
2. Die spezifischen Ausprägungen des politischen Systems der Schweiz	158
2.1 Das Regierungs- und das Parlamentssystem	161
2.1.1 Die Regierung	161
2.1.2 Das Parlament	164
2.1.3 Das Verhältnis zwischen Bundesrat und Parlament	166
2.2 Institutionen der direkten Demokratie	168
2.2.1 Geschichte und Grundkonzepte der direkten Demokratie	168
2.2.1.1 Das obligatorische Referendum	171
2.2.1.2 Das fakultative Referendum	172
2.2.1.3 Das resolutive (aufhebende) Referendum	173
2.2.1.4 Die Volksinitiative	174

2.2.2 Die Volksrechte auf Kantons- und Gemeindeebene	174
2.2.3 Abstimmungsverhalten des Souveräns	176
2.2.4 Die Bedeutung der Volksrechte für das politische System der Schweiz	177
2.3 Die föderalistische Ausprägung der Schweiz	178
2.3.1 Die Grundprinzipien des schweizerischen Föderalismus	179
2.3.2 Aufteilung der Kompetenzen	181
2.3.2.1 Der fiskalische Föderalismus	183
2.3.2.2 Mitwirkung der Kantone an der Außenpolitik	185
2.3.3 Institutionen des schweizerischen Föderalismus	186
2.3.4 Die Autonomie der Gemeinden	188
2.3.5 Besonderheiten des Föderalismus schweizerischer Prägung	189
3. Vergleichende Zusammenfassung	190

**V. DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION:
IHRE AUSWIRKUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DIE VERFASSUNGSPRINZIPIEN ÖSTERREICH'S
UND DER SCHWEIZ**

1. Der EU-Beitritt und seine Folgen für die innerstaatlichen Verfassungen	197
1.1 Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts	198
1.2 Primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht	200
1.3 Subsidiaritätsprinzip	202
2. Auswirkungen des EU-Beitritts auf die österreichischen Entscheidungsstrukturen und deren Reformen	204
2.1 Folgen des EU-Beitritts auf die nationale Exekutive und Legislative	205
2.1.1 Auswirkungen auf die Bundesregierung	206
2.1.2 Auswirkungen auf den Nationalrat	207
2.1.2.1 Mitwirkung des Nationalrates an Vorhaben im Rahmen der EU	207
2.1.2.2 Bewährung der Mitwirkung in der Praxis	209
2.1.3 Reformbedarf	213
2.2 Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Bundesländer	214
2.2.1 Die Mitwirkung der Länder an Vorhaben im Rahmen der EU	216

2.2.1.1 Informationsrecht	217
2.2.1.2 Stellungnahmerecht	218
a) Koordinationsgremien in EU-Angelegenheiten	219
b) Die Erstellung von Länderstellungnahmen	221
c) Stellungnahmefrist	223
d) Kriterien für die Abweichung von einheitlichen Länderstellungnahmen	224
2.2.1.3 Bestellung gemeinsamer Ländervertreter	225
2.2.1.4 Klagen gegen Gemeinschaftsorgane vor dem EuGH	227
2.2.2 Haupteinflusskanäle regionaler Interessenvermittlung auf EU-Ebene	228
2.2.2.1 Ländervertretungen bei der EU in Brüssel	228
2.2.2.2 Ausschuss der Regionen	229
2.2.3 Mitwirkung des Bundesrates an Vorhaben im Rahmen der EU	231
2.2.4 Mitwirkung der Landtage in EU-Angelegenheiten	232
2.2.5 Umsetzung von EU-Recht durch die Bundesländer	235
2.2.6 Mitwirkung der Gemeinden an Vorhaben im Rahmen der EU	237
2.2.7 Reformbedarf	238
2.3 Resümee	239
3. Die institutionellen Auswirkungen und Anpassungen der schweizerischen Entscheidungsstrukturen bei einem EU-Beitritt	244
3.1 Auswirkungen auf das Regierungs- und das Parlamentssystem	245
3.1.1 Die Landesregierung	246
3.1.2 Die Bundesversammlung	249
3.1.3 „Europatauglichkeit“ der Regierung und des Parlaments	251
3.2 Auswirkungen auf die direkte Demokratie	252
3.2.1 Einschränkungen der direktdemokratischen Elemente durch den Vorrang des Gemeinschaftsrechts	254
3.2.1.1 Erlass des Gemeinschaftsrechts	255
a) Konsequenzen für das obligatorische Referendum	257
b) Konsequenzen für das fakultative Referendum	258
3.2.1.2 Konsequenzen für die Volksinitiative	259
3.2.2 Umfang der Einschränkungen	261

3.2.3 Die Aufrechterhaltung direktdemokratischer Legitimation mit eingeschränktem Anwendungsbereich	263
3.3 Auswirkung auf die föderalistischen Strukturen	267
3.3.1 Einschränkungen der kantonalen Kompetenzen	268
3.3.1.1 Einschränkungen der Finanzhoheit der Kantone	269
3.3.1.2 Einschränkungen der direktdemokratischen Institutionen	270
3.3.2 Reformen zur Mitwirkung der Kantone in der EU-Willensbildung	271
3.3.2.1 Bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone in der Außenpolitik des Bundes	272
3.3.2.2 Beteiligungsverfahren der Kantone an Vorhaben im Rahmen der EU	274
3.3.2.3 Neugliederung der kantonalen Gebiete	277
3.3.2.4 Mitwirkung der Kantonsparlamente am EU-Willensbildungsprozess	280
3.3.3 Die Kantone zwischen dem bilateralen Weg und dem EU-Beitritt	281
3.3.4 Mögliche Folgen für die Gemeinden	283
3.3.5 Im Spannungsfeld zwischen Schweizer Föderalismus und Europäischer Integration	284
3.4 Resümee	286
4. Integrationspolitische Mitwirkung: Österreich ein Modell für die Schweiz?	291
4.1 Direkte Demokratie – eine unüberwindbare Hürde zum EU-Beitritt?	292
4.2 Kann das „Wiener Modell“ auf die Schweiz übertragen werden?	294
4.3 Der EU-Beitritt als Chance für den Föderalismus schweizerischer Prägung?	296
4.4 Kann sich ein kleiner Mitgliedstaat in einem großen System wie der EU behaupten?	300
4.5 Resümee	304
VI. SCHLUSSBEMERKUNGEN UND AUSBLICK	307
1. Die inneren politischen Strukturen als Stolperstein zum EU-Beitritt	308
2. Neutralitätsfrage als „Doktrin“ gegen eine europapolitische Integration	311

3. Der Preis eines Nicht-EU-Beitritts der Schweiz	312
4. Wie lange kann die Schweiz den Alleingang verfolgen?	316
5. Die Eidgenossenschaft auf Europakurs oder auf dem europapolitischen Abstellgleis?	317

ANHANG	323
---------------	------------

Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) Österreichs	323
Einheitliche Stellungnahmen der Länder	326

BIBLIOGRAPHIE	333
----------------------	------------

Liste der Interviewpartner	333
Quellen, Monographien, Aufsätze und Aufsatzsammelbände	335
Zeitungsartikel	366
Zeitungsartikel mit Autorennennung	366
Zeitungsartikel ohne Autorennennung	367
Elektronische und audiovisuelle Literaturquellen	369